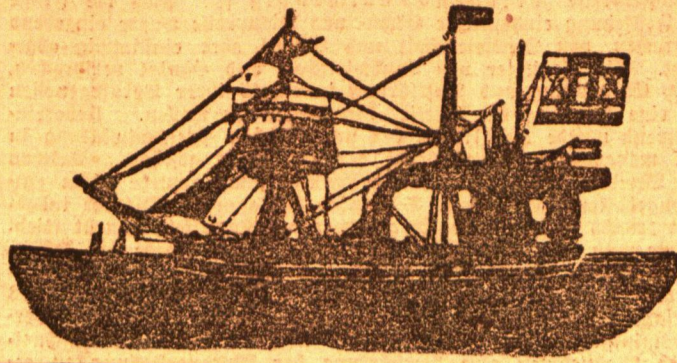


Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Beitung

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen.
Vierteljährlicher Abonnementspreis pränumerando 16 M. 50 Pf., mit Votenlohn 18 M.
Austwärtige abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für 18 M. pro Quartal bei freier Zustellung.
Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.
Für Aufbewahrung und Rücksendung unbenutzter eingekaufter Nummern wird keine Verantwortung übernommen.
Die Expedition ist geöffnet:
An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.
Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Anzeigen werden für den Raum einer Kolonne Spaltenbreite von Abonnenten mit 1 M., von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 1,20 M. berechnet. Kleinanzeigen für die erste Spalte 3,50 M., Auswärtige 4,50 M. die Zeile, bei Erfüllung von Platzvorschriften 50% Aufschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden.
Etwasiger Rabatt kann im Kontrahentfall, bei Einziehung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann bewirkt werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.
Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.
Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für Richtigkeit.
Belag-Exemplare kosten 30 Pf.
Fernrechnungsnummern: 26 und 28.

Mr. 248

Memel, Sonnabend, den 22. Oktober 1921

73. Jahrgang

Ungeklärte politische Lage im Deutschen Reich

Ms. Berlin, 21. Oktober. (Priv.-Tel.) In den ersten Nachmittagsstunden ist die politische Lage noch immer ungeklärt, da die Regierung erst in der um 6 Uhr stattfindenden Kabinettsitzung die entscheidenden Beschlüsse fassen wird. Heute morgen um 10 Uhr fand eine Kabinettsitzung statt, in der der Minister des Innern über die Note betreffend Oberschlesien referierte. Im Laufe des Tages werden die beteiligten Ressorts sich mit dem Inhalt der Note eingehend beschäftigen und abends über das Ergebnis ihre antizipierten Äußerungen vorlegen. Es steht noch nicht fest, wann der Reichstag morgen zusammentreten wird. Möglich ist, daß der Zusammentritt sogar erst am Montag erfolgt.

Parteiberatungen zur Regierungskrise

* Berlin, 21. Oktober. (Tel.) Heute fanden Fraktionsberatungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei statt. Über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen innerhalb des Zentrums wird in der „Zentrums-Parlamentarierkorrespondenz“ mitgeteilt: Die Auffassungen über die politische Lage sind völlig einheitlich. Damit wird den Gerüchten entgegengetreten, die von einer durch Strömungen im Zentrum ins Auge gefassten Neubildung des Kabinetts unter der Führung eines anderen vom Zentrum zu beheimatenden Parlamentariers wissen wollten. Ueber das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Deutschen Volkspartei ist bisher eine vorläufige Meldung nicht ausgegeben. Die völlige Klärung der politischen Lage dürfte sich bei den Beratungen des Kabinetts auf Grund der morgen vorliegenden Entscheidungen über Oberschlesien und aus der unmittelbar darauf voraussichtlich Sonnabend stattfindenden Plenarsitzung des Reichstages ergeben. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Nachmittag zu einer Sitzung zusammen. In der Aussprache ergab sich als einheitliche Auffassung, daß die Entscheidung über Oberschlesien keinen Anlaß gebe, eine Regierungskrise zu eröffnen und daß eine solche kein Augenblick unglücklicher gewählt werden könnte als der gegenwärtige. Die Fraktion lehnt es ebenso ab, die Frage des Verbleibens oder des Sturzes der gegenwärtigen Regierung in diesem Augenblick von der Lösung der komplizierten Steuerfrage abhängig zu machen. Sie ist der Überzeugung, daß die Reichsregierung ihr Verbleiben von nichts anderem abhängig machen darf, als vom Votum des Reichstages, das sofort nach Bekanntgabe der Entscheidung über Oberschlesien einzubringen sein wird. Sie ist bereit, der gegenwärtigen Reichsregierung ihr Vertrauen auszusprechen. Dieser Auffassung stimmten auch die Vertreter Oberschlesiens ausdrücklich zu.

Eine Erklärung Stegerwalds niedergelärmt

* Berlin, 21. Oktober. (Tel.) Im Preussischen Landtag erteilte Präsident Reinert dem Ministerpräsidenten Stegerwald vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu einer Erklärung. Die Kommunisten widersetzten sich durch Lärmzursache. Der Lärm setzte sich während der Rede fort und ging in andauernden Lärm über, wogegen die Rechte ihrerseits durch lebhaften Gegenfundgebungen Front machte. Die Ausführungen Stegerwalds blieben deshalb bis auf einzelne Sätze unverständlich. Im Schluß setzte Handclatschen und Beifall auf der Rechten ein, während die Linke von neuem lärmt. Die Vertreter der Sozialdemokratie und der Unabhängigen erklärten sich nicht einverstanden damit, daß die preussische Regierung mit ihrer Erklärung dem Reichstag und der Reichsregierung vorgreife. Die Sitzung wurde vertagt und die nächste Sitzung auf den 3. November anberaumt.

Die Prüfung des Wiesbadener Abkommens beendet

* Paris, 21. Oktober. (Tel.) Die Reparationskommission hat die Prüfung des Wiesbadener Abkommens vollendet und in der gestrigen Vollsitzung die zureichende Antwort festgestellt. Die Kommission erklärt sich vollkommen einverstanden mit den allgemeinen Grundsätzen des Abkommens, nach dessen Vereinbarungen vorgeschlagen wird, daß Deutschland den größten Teil seiner Reparationsverpflichtungen in Form von Sachlieferungen zahlen darf zum Zweck des rascheren Wiederaufbaus. Die Reparationskommission glaubt, daß das Abkommen gewisse Abweichungen von verschiedenen Bestimmungen des Versailler Vertrages enthält. Da die Reparationskommission nicht zuständig sei, derartige Abänderungen vorzunehmen, hat sie beschlossen, die Frage an die Regierungen weiterzugeben, die in der Reparationskommission vertreten sind. Sie hat ihnen zu diesem Zweck eine Abschrift des Wiesbadener Abkommens zugestellt mit dem Ersuchen um eine günstige Prüfung. Die Reparationskommission empfiehlt unter dem Vorbehalt etwaiger Garantien, die die Alliierten eventuell verlangen könnten, um ihre Interessen sicherzustellen, daß Frankreich vernünftige Erleichterungen gewährt werden, damit die Zahlungen von Sachlieferungen hinausgeschoben werden können. Die Reparationskommission erklärt sich auch für zuständig, über die 50prozentige Abgabe von den Sachlieferungen zu entscheiden. Sie wird darüber später ihre Entscheidungen treffen. Loucheur ist heute vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten erschienen, um Auskunft über das Wiesbadener Abkommen zu geben.

* London, 21. Oktober. (Tel.) Das Unterhausmitglied Kenworthy hat folgenden Antrag eingebracht: Das Haus ist der Ansicht, daß die unter dem Friedensvertrag und den darauffolgenden Abkommen Deutschland auferlegten Reparationszahlungen für den Handel der Welt nachteilig sind und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Zeit für eine Revision der Gesamtlage gekommen ist mit dem Vorbehalt, daß jede mögliche Unterstützung von Seiten Deutschlands für den Aufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs gegeben werden solle.

Das geteilte obererschlesische Industriegebiet

Was Deutschland verliert

* Berlin, 21. Oktober. (Tel.) Nach der von dem Völkerbundrat vorgeschlagenen Grenzlinie verliert Deutschland den südöstlichen Teil des Kreises Ratibor, den Kreis Rybnik bis auf die Nordwestecke, den Kreis Blech, den Südostzipfel des Kreises Gleiwitz, fast zwei Drittel des Kreises Hindenburg, Stadt- und Landkreis Rattowitz, Kreis Königshütte, den Süd- und Ostteil des Kreises Bentzen, während die Stadt selbst Deutschland bleibt, sowie endlich die überwiegenden Teile der Kreise Tarnowitz und Lublitz einschließlich der Städte und der wichtigsten industriellen Anlagen.

Die Note der Botschafterkonferenz

* Berlin, 21. Oktober. (Tel.)

Die Botschafterkonferenz übermittelte gestern nachmittags 11/2 Uhr dem deutschen Botschafter in Paris Mayer nachstehende Note über die obererschlesische Frage:

Herr Botschafter!

Ich habe die Ehre, Ihnen anbei den Text der Entscheidung zu übermitteln, die die Botschafterkonferenz am 20. Oktober d. Js. namens und in ausdrücklicher Vollmacht der Regierungen des Britischen Reiches, Frankreichs, Italiens und Japans getroffen hat, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als alliierte und assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben. Die genannten Mächte haben gemäß dem Friedensvertrag eine Lösung gesucht, die den Wunsch der Bevölkerung, wie er in der gemeindeweisen Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, und die geographische und wirtschaftliche Lage der Distrikte berücksichtigt. Sie hat sich deshalb nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundsrates veranlaßt gesehen, den Industriebezirk von Oberschlesien zu teilen. In Anbetracht der Tatsache, daß die verschiedenen Volksteile geographisch zerstreut liegen, andererseits aber stark untereinander vermischt sind, müßte jede Teilung dieses Gebietes dazu führen, daß auf beiden Seiten der Grenzlinie ziemlich beträchtliche Minderheiten verbleiben und daß wichtige Interessengebiete auseinandergerissen würden. In Berücksichtigung dieses Umstandes enthält die getroffene Entscheidung Maßnahmen, um die Interessen der Allgemeinheit, die Fortdauer des Wirtschaftslebens, ebenso wie den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien zu gewährleisten. Die deutsche Regierung muß sich auch klar dessen bewußt werden, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung als einheitliches Ganzes betrachten, und daß sie fest entschlossen sind, keinen verschiedenen Teilen Geltung zu verschaffen. In dem Falle, daß die beteiligten Regierungen oder eine von ihnen sich aus irgend einem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zu einem Teile anzuerkennen oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würde, daß sie der loyalen Durchführung der Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen beabsichtigt, behalten sich die alliierten Mächte in der Erwägung, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens notwendig ist, die vorgesehene Regelung so schnell wie möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, die sie für geeignet halten, um die völlige Durchführung ihrer Entscheidung sicherzustellen.

*

* Paris, 20. Oktober. („Havas“.)

Die gestern nachmittag von der Botschafterkonferenz redigierte Mitteilung, die heute nachmittag den Regierungen Deutschlands und Polens bekanntgegeben wurde, enthält ein Sonder schreiben, ferner den Wortlaut der Entscheidung der Alliierten sowie den Modus, der bei ihrer Anwendung befolgt werden soll. Diese Entscheidungen wurden am Abend der interalliierten Kommission in Opeln mitgeteilt. Die deutsch-polnische Grenzfestsetzungskommission wurde beauftragt, unverzüglich zur Abklärung der neuen Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien zu schreiten.

Das Sonder schreiben erinnert an die Entstehung des obererschlesischen Problems und endet mit der klaren Bestätigung des Uebereinkommens der Großmächte und ihres Willens, den Inhalt durch beide Parteien befolgt zu sehen, sowie mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen, falls einer der Beteiligten sich weigern sollte, das Verdict zu unterzeichnen.

Für eilige Leser

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien ist der deutschen Regierung notifiziert worden.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages erklärte sich bereit, der gegenwärtigen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen. Die Reparationskommission hat die Prüfung des Wiesbadener Abkommens vollendet.

Zwischen der deutschen Regierung und einem Londoner Bankhaus sind Verhandlungen über den Abschluß einer englisch-amerikanischen Entschädigungsanleihe statt.

Die tägliche Schiffsverbindung Pillau-Swinemünde wird vom 1. November ab auf eine wöchentlich zweimalige Fahrt eingeschränkt werden.

Im Berliner Zeitungslampf ist noch keine Einigung erzielt worden. Einem Attentat auf die portugiesischen Minister sind vier Minister zum Opfer gefallen.

Die Uebergangsmassnahmen

Der zweite Teil der den Vertretern Deutschlands und Polens übergebenen Mitteilung enthält die Angabe der Grenzlinie, wie sie bereits gestern von uns veröffentlicht worden ist, sowie die Aufzählung folgender Uebergangsmassnahmen, die die Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens Oberschlesiens nach der Teilung sichern und die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode auf ein Mindestmaß beschränken sollen:

Bahnlinien, die Privatgesellschaften gehören, werden auch weiterhin wie bisher verwaltet. Für die Bahnstrecken des deutschen Staates wird ein gemeinsames Betriebssystem während fünfzehn Jahren in Kraft treten. Die Tarife werden vereinheitlicht und die Fahrpläne sollen den Bedürfnissen der Industrie angepaßt werden und der Aufenthalt an der Grenze möglichst kurz sein. In dem Abstimmungsgebiet wird während eines Zeitraumes, der fünfzehn Jahre nicht übersteigen darf, das gesetzmäßige Zahlungsmittel die Mark sein. Dieses System kann nach einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen geändert werden. Für Post-, Telephon- und Telegrammgebühren wird für die ganze Dauer des deutschen Geldsystems die Mark festgesetzt.

Zollverwaltung: Die Zollgrenze fällt mit der politischen Grenze zusammen. Die Zollgesetze und Zollgebühren kommen mit einigen Ausnahmen zur Anwendung. Während 15 Jahren dürfen die gleichen Erzeugnisse der gleichen Herkunft und zur gleichen Bestimmung die Grenze zollfrei überschreiten, wenn sie zum Wiedereimport in das Ursprungsland bestimmt sind. Naturprodukte oder Fabrikate aus dem polnischen Teile des Abstimmungsgebietes sind auf die Dauer von drei Jahren von sämtlichen Zollabgaben bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet befreit.

Kohlen und Eruben: Polen wird während 15 Jahren die Ausfuhr der Erubenerzeugnisse aus dem Abstimmungsgebiet erlauben. Was die Kohlen anbetrifft, so wird den verschiedenen Bestimmungen der Verträge und Beschlüsse, internationalen Vereinbarungen usw. zwischen Deutschland und Polen und den Gegenden, die unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr obererschlesischer Kohlen interessiert sind, Rechnung getragen werden. Deutschland wird gleichfalls auf die Dauer von 15 Jahren die Ausfuhr seiner Erubenerzeugnisse nach Polen erlauben.

Verschiedene andere Maßnahmen werden ins Auge gefaßt, betreffend die sozialen Versicherungen, der Arbeiterverbände und des Verkehrs zwischen den beiden Parteien im Gebiet. Jeder Einwohner, der seinen regulären Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hat oder seine reguläre Beschäftigung, wird eine Verbleibensbewilligung erhalten, die ihn erlaubt, die Grenze ohne Formlichkeiten zu überschreiten. Die in Kraft befindlichen Verordnungen im Abstimmungsgebiet, betreffend im besonderen Eruben-, Industrie- und Handelsunternehmungen, Arbeitergesetzgebung bleiben in Kraft bis zu dem Augenblick, wo Polen eine auf sein ganzes Gebiet verwendbare Gesetzgebung geschaffen hat, die an die Stelle der früheren Verordnungen treten kann. Alle diese aufgeführten Maßnahmen werden den Gegenstand eines zu treffenden Abkommens zwischen Deutschland und Polen in der Form einer allgemeinen Konvention zwischen den beiden Ländern bilden. Diese Konvention wird daher Oberschlesien während der Uebergangszeit unter ein besonderes Regime stellen.

Zur Erleichterung der Vorbereitung und der Ausführungskontrolle dieser zeitlichen Maßnahmen wird eine Kommission gebildet, die aus der gleichen Anzahl Polen- und Deutschen aus Oberschlesien besteht, mit einem Vorsitzenden anderer Staatsangehörigkeit. Sie wird den Titel „Gemischte obererschlesische Kommission“ führen und hauptsächlich beraten sein. Ein Schiedsgericht kann eingesetzt werden, um alle Privatstreitigkeiten zu regeln, die sich aus der Anwendung der zeitlichen Maßnahmen ergeben können. Streitfälle, die sich aus der Ausführung und Auslegung der allgemeinen Konvention ergeben, werden auf Grund der Bestimmungen der genannten Konvention und des Völkerbundsstatuts, falls dies nötig ist, geregelt.

Das Durchführungs-Verfahren

Das für das Inkrafttreten dieser Entscheidung vorgesehene Verfahren wird etwa das folgende sein: Die interalliierte Kommission in Opeln wird von der endgültigen Entscheidung in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig werde die deutsch-polnische Grenzfestsetzungskommission unter dem Vorsitz des Generals Dupont, die schon in Tätigkeit ist, aufgefordert, eine Unterkommission zu ernennen, die unverzüglich mit der Abgrenzungsarbeit beginnen soll. Die polnische und die deutsche Regierung werden aufgefordert, binnen acht Tagen je einen Bevollmächtigten für die Verhandlungen bezüglich des provisorischen Wirtschaftsregimes zu bezeichnen, sowie die Delegierten für die gemischte, vorübergehend tätige Verwaltungskommission zu ernennen. Gleichzeitig soll der Völkerbund gebeten werden, den Präsidenten dieser Verwaltungskommission zu bestimmen, der bekanntlich ein Neutraler sein soll. Die Mitteilung hat keinen offiziellen Charakter. Die offizielle Bekanntmachung mit den Folgerungen, die der Versailler Vertrag vorgesehen hat, soll erst später übermittelt werden, wenn einerseits die Abgrenzungsarbeiten in Oberschlesien beendet sein werden und andererseits die alliierten Mächte sowohl von der polnischen wie von der deutschen Regierung die Versicherung erhalten haben werden, daß sie entschlossen seien, das provisorische Wirtschaftsregime aufzustellen, das zur Sicherung des Fortbestandes des Wirtschaftslebens in den verschiedenen getrennten Gebieten als erforderlich betrachtet werde. Erst dann soll die interalliierte Kommission offiziell den deutschen und den polnischen Behörden bekannt

geben, daß sie die Verwaltung des ihnen zugesprochenen Gebietes sicherstellen haben. Wenn die eine oder die andere der beteiligten Regierungen der Ausführung des Wirtschaftszustandes Hindernisse bereiten sollte, so kann ihr die Vorkaufsleistung der ihr zugesprochenen Gebiete aufgegeben werden. Die Befugnisse der internationalen Kommission in Döbeln sollen beendet sein, sobald die Verwaltung des Landes von den deutschen bzw. polnischen Behörden sichergestellt sein wird.

Der Schutz der Minderheiten

Aus den Veröffentlichungen über Oberschlesien ist weiter hervorgehoben der Absatz über den Schutz der Minderheiten. Danach erhält jede der im Augenblick der endgültigen Teilung des Abstammungsgebietes in dem Polen zufallenden Teil ansässige Person, die für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert und während 12 Monate, die auf den Tag der Ausübung des Optionsrechtes folgen, kein Gebrauch von dem Recht macht, den Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, das Recht, ihren Wohnsitz in Polen während der Zeitdauer von 15 Jahren beizubehalten. Jede Person polnischer Abstammung, die über 18 Jahre alt ist, und im Augenblick der endgültigen Gebietsabteilung in dem Deutschland zugewiesenen Teile ansässig ist, erhält das Recht, innerhalb zweier Jahre für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren. Alle am gleichen Tage in dem endgültig Deutschland zugeteilten Teile Oberschlesiens ansässigen Polen sind berechtigt, dort ihren Wohnsitz während einer Periode von 15 Jahren beizubehalten. Diese Bestimmung findet Anwendung sowohl auf die Polen, die deutsche Staatsangehörige waren und für Polen optierten, wie auch auf die polnischen Staatsangehörigen, die keine deutschen Staatsangehörigen gewesen sind. Alle anderen Fragen, die sich auf die Nationalität der in Oberschlesien ansässigen Personen und auf den Schutz der Minderheiten im Abstammungsgebiet beziehen, sind entsprechend dem Versailler Vertrag und der Völkerbundsatzung zu regeln. Die in diesem Sinn getroffenen Maßnahmen werden für Deutschland und Polen als internationale Verpflichtungen des am 28. Juni 1919 abgeschlossenen Vertrages unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt werden.

Gespannte Lage in Oberschlesien

Breslau, 21. Oktober. (Tel.) Die Lage in Oberschlesien ist in Anbetracht der Veröffentlichung der Entscheidung auf's Höchste gespannt. Trotzdem ist es, soweit bis jetzt bekannt ist, nirgends zu Zwischenfällen gekommen. Nur aus dem Kreis Rybnik wird gemeldet, daß dort die Polen ihre Drohungen gegen Geistliche wahrgemacht hätten. Pfarre Debiar aus Leßlitzin wurde von vier in einem Auto angekommenen Personen gezwungen, die Pfarre zu verlassen und zu fliehen. In Breslau ordnete der Oberbürgermeister an, daß sämtliche städtischen Gebäude einschließlich der Schulen Halbtag oder mit Trauerflor zu flaggen haben.

*

Deuthen, 21. Oktober. (Tel.) Die interalliierte Kommission in Oberschlesien hat bis auf weiteres den „Ostdeutschen Herald“ in Gleiwitz verboten. Das Blatt hatte die Vorgänge in Genf betreffend Oberschlesien einer scharfen Kritik unterzogen. Die Aufhebungen des Blattes, die zur Verschiebung des vierten Putsch führten, waren der Anlaß scharfer Angriffe polnischerseits.

Preßbestimmungen

Berlin, 21. Oktober. (Tel.) Infolge des Kampfes im Berliner Zeitungsgewerbe sind auch heute nur die „Deutsche Zeitung“ und die sozialistischen Blätter erschienen. Die „Deutsche Zeitung“ fordert entschlossene Ablehnung des offensiblen Vorschlages über Oberschlesien. Sowohl die Entscheidung des Obersten Rates über die Grenzfestsetzung als auch die sogenannten Empfehlungen des Völkerbundesrates, in Oberschlesien einen wirtschaftlichen Halbstaat zu schaffen, seien als rechtswidrig und dem Vertrag von Versailles nicht entsprechend zurückzuweisen. — Der „Vorwärts“ stellt fest, daß die Grenzfestsetzung noch ungenügender ausgefallen ist, als bisher in Deutschland angenommen wurde. Die Statistik der „Gazeta Poranna“ dürfte ungefähr richtig sein, derzufolge 100 Prozent der Zinkproduktion, 85 Prozent der Kohlen, 70 Prozent des Stahls und 65 Prozent des Eisens auf polnischer Seite zu liegen kommt. Auch der „Vorwärts“ erklärt, die Entscheidung liege im Widerspruch zum Versailler Vertrag. Er sagt, der von der Entente gewählte Weg, der sowohl für Deutschland wie Polen den Zwang schafft, sich über die wirtschaftlichen Fragen zu verständigen, werde offensichtlich von dem Betreffenden bestimmt, der gefällten Entscheidung ihren vertragwidrigen Charakter zu nehmen, er werde aber in Wirklichkeit nur verschleiern, denn das, was von den wirtschaftlichen Bestimmungen zu bindendem Recht für beide Teile erklärt wird, greife weit über den Versailler Vertrag hinaus.

Wien, 21. Oktober. (Tel.) Zu der Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien schreibt die „Reichspost“: Der Völkerbund hat mit diesem Schiedsspruch sich selbst als einem Werkzeug von politischen Machtgruppen das Urteil gesprochen. Was soll nach dieser willkürlichen Zerstückung des Industriegebietes aus Deutschland werden? Das große Werk der mühsam erreichten Zahlungen bricht zusammen, denn ein Deutschland ohne Oberschlesien ist unfähig, auch nur einen Bruchteil dessen zu leisten, was es im Vertrauen auf den Abstimmungsieg in Oberschlesien versprochen habe. Durch diesen Schiedsspruch wird der ganzen zivilisierten Welt schwerer Schaden zugefügt. — Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Was hier an dem deutschen Volk verbrochen werden soll, ist so furchtbar, daß bis in die letzten Tage hinein die Stimmen der Warner auch bei der Entente nicht verstummt sind. Leider wird man jetzt die Hoffnung auf eine Einkehr in letzter Stunde wohl aufgeben müssen.

London, 21. Oktober. (Tel.) Zu der nunmehr veröffentlichten Entscheidung des Völkerbundesrates in der ober-schlesischen Frage schreibt die „Times“: Wenn die erste Ueberraschung vorbei sei, würden sowohl Deutschland wie auch Polen zahlreiche Vorteile finden, in der ihnen auferlegten Pflicht unter neuen Bedingungen zusammenzuleben. „Morning Post“ erklärt, die Befriedigung Polens spreche für die Entscheidung des Völkerbundesrates.

Milliardenschäden in Oberschlesien

Döbeln, 20. Oktober. Bezüglich der Schäden, die die Deutschen Oberschlesiens seit dem 10. Februar 1920, dem Tage der Befreiung des Landes, erlitten haben, werden gegenwärtig Erhebungen angestellt. Die Entschädigungszahlung soll auf Grund eines besonderen Gesetzes erfolgen, das für Oberschlesien analog dem für Westpreußen und Posen erlassen wird. Die Regulierung soll sich auf alle Schäden erstrecken, die seit dem oben genannten Termin erwachsen sind. Man hofft, die direkten Schäden in vollem Umfange erheben zu erhalten, von den indirekten auf alle Fälle die, die einen tatsächlichen Schaden darstellen. Entgangenen Gewinn zu erfassen, erklärte sich die Regierung außerstande, da die Summe ins Ungeheure gehen würde. Für die Abschätzung dieser Schäden wurden Kommissionen in den einzelnen Kreisen gebildet. Die bisher bei den zuständigen Landräten und Notstands-Kommissionen in Döbeln angemeldeten Summen gehen in die Milliarden. Ob es möglich sein wird, diese Schäden voll zu erfassen, steht dahin.

Kurze Nachrichten

Die „Hamburger Warte“ ist bis zum 31. 10. einschließlich wegen eines Auftrages von Otto Ernst verboten worden. Die Villa Falconeri in Fieschi, welche persönliches Eigentum des ehemaligen deutschen Kaisers war, wurde auf Grund einer königlichen Verordnung italienisches Staatseigentum. Das Finanzministerium wird demnächst davon Besitz ergreifen.

Die Kartoffelnot im Deutschen Reich

Berlin, 20. Oktober. In einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Vorsitz des Ministers Dr. Hermes abgehaltenen Besprechung wurde die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und die Preisentwicklung eingehend besprochen und im Anschluß daran die Maßnahmen erörtert, die geeignet sind, eine Verstärkung der Anlieferungen und eine Eindämmung der Preise herbeizuführen. Seitens des Ministers und seines Vertreters wurde mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß im Interesse der Konsumenten eine Senkung der Kartoffelpreise dringend notwendig sei. Auch die Frage der Festsetzung einheitlicher Höchst- und Richtpreise wurde eingehend besprochen, von Landwirtschaft und Handel versprochen, durch Einwirkung und Auffklärung innerhalb ihrer Berufsgenossen auf eine Senkung der Preise hinarbeiten zu wollen. Uebereinstimmend wurde die Ursache der unglücklichen Preisentwicklung in dem mangelhaften Abtransport der Kartoffeln gesehen. Seitens des Vertreters des Reichsverkehrsministeriums wurde dem entgegengehalten, daß vom 1. September bis zum 14. Oktober insgesamt 128 663 Wagen zum Abtransport der Kartoffeln gestellt seien. Rechnet man eine Wagenladung von 10 T., so ergebe sich, daß in diesem Jahre bis zum 14. Oktober 25 732 000 Ztr. den Bedarfsbezirken zugeführt worden seien. Diese Zahl bliebe hinter der des Vorjahres lediglich um 1 Million Ztr. zurück. Das Reichsverkehrsministerium beabsichtigt jedoch, noch durch weitere einschneidende Maßnahmen eine Verstärkung der Wagenstellung zu erzielen. In dem Schlußwort des Ministers wurden Landwirtschaft und Handel nochmals mit Entschiedenheit ersucht, sich der Notlage der Konsumenten nicht zu verschließen und in gemeinschaftlicher Arbeit mit den zuständigen Behörden und Organisationen darauf hinzuwirken, daß diejenigen Berufsgruppen, die in Verkennung der Notlage der Konsumenten durch zu hohe Preisforderungen sich in ungerechtfertigter Weise bereichern, rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen werden.

Mittel für den Ausbau des Königsberger Hafens

Königsberg, 21. Oktober. (Tel.) Die Nachrichtenstelle des Magistrats schreibt: Als Erfolg der am 10. Oktober auf Einladung des Magistrats unternommenen Besichtigung der Königsberger Hafenbauten durch ostpreussische Reichstags- und Landtagsabgeordnete ist folgender Antrag der Abgeordneten vom 14. Oktober an den Preussischen Landtag zu begründen: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, unverzüglich der Stadt Königsberg die Mittel zur Weiterführung der bereits vor dem Krieg begonnenen Hafenbauten zur Verfügung zu stellen und sofort mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten behufs dauernder Sicherung der Mittel durch das Reich und Preußen zum völligen Ausbau des Hafens.

Einschränkung des Seeverkehrs nach Ostpreußen

Infolge der Verbesserungen im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland, welche die Einführung des sogenannten zweiten Provisoriums mit sich gebracht hat, ist die Inanspruchnahme des Seeverkehrs zwischen Pillau und Swinemünde und umgekehrt in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen. Die maßgebenden Berliner Stellen sind daher, wie die Pressestelle des Oberpräsidenten Königsberg mitteilt, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich bei der äußerst geringen Benutzung des Seeweges von kaum 30 Personen täglich durchschnittlich — teilweise sind es an einzelnen Tagen erheblich weniger — nicht mehr verantworten lasse, die sehr erheblichen Zuschüsse (über eine Million monatlich) weiter zur Aufrechterhaltung einer täglichen Schiffsverbindung aufzuwenden. Es haben eingehende Verhandlungen unter Beteiligung des ostpreussischen Reichsratsmitgliedes und der ostpreussischen Vertretung in Berlin stattgefunden, in deren Verlauf damit zu rechnen ist, daß die tägliche Schiffsverbindung zwischen Swinemünde und Pillau vom 1. November d. J. auf eine wöchentliche zweimalige Fahrt eingeschränkt werden wird. Dabei ist zu beachten, daß in der Richtung Pillau-Swinemünde notfalls noch für eine weitere zweimalige Schiffsverbindung über Danzig Sorge getragen ist, wobei allerdings in Danzig übernachtet werden muß.

Um jederzeit in Fällen wie der letzte Eisenbahnstreik in Pommern oder bei sonstigem Bedarf sofort zum täglichen Verkehr übergehen zu können, sollen in den beiden Hafentorten ständig Dampfer fahrbereit gehalten werden. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß die Berufsleute der ostpreussischen Interessen nichts unversucht gelassen haben, um gegenüber diesem Standpunkt der maßgebenden Berliner Stellen unter Berücksichtigung der sachlichen Interessen der ostpreussischen Bevölkerung und der für sie maßgebenden Gefühlsmomente die regelmäßige Beibehaltung des täglichen Verkehrs zu sichern; schließlich aber mußte die Rückkehr auf die Finanzlage des Staates den Ausschlag geben, und die Möglichkeit, im Bedarfsfalle sofort und jederzeit zum täglichen Vollbetrieb überzugehen, wird nach Lage der Dinge, wenn es auch ein Mindestmaß an Sicherung darstellt, doch als das im Augenblick Höchsterreichbare betrachtet werden müssen.

Wilna an Polen?

Genf, 18. Oktober. (Bettl. Tel. Ag.) Dem Völkerbund nahe-stehende politische Kreise erwarten, daß nach Lösung der ober-schlesischen Frage in kürzester Frist auch die Entscheidung der Angehörigkeit Wilna's folgen wird. Man nimmt an, daß auch hier eine Teilung des Gebietes wird erfolgen müssen, denn eine Einigung hat sich bisher als unmöglich erwiesen. Die Stadt werde voraussichtlich Polen zugesprochen werden.

Zeligowski bleibt in Wilna

Die in Wilna erscheinende polnische Zeitung „Gazeta Wileńska“ demontiert eine Behauptung der Komwoer „Kaisue“, welche meldete, daß Zeligowski Wilna verlasse und dort eine Zivilverwaltung eingeführt werde. Wir in Wilna, so schreibt das polnische Blatt, wissen sehr gut, daß es Leute gibt, die es sich angelegen sein lassen, Warschau zu überreden, es wäre besser, wenn Zeligowski, der wie ein rotes Tuch auf die Westfronten wirkt, Wilna verlasse. Diese Opportunisten sollen wissen, daß an dem Tage, an dem Zeligowski Wilna verläßt, das rote Tuch sich in eine Blume verwandeln würde. Wenn dieser Soldat, der ein Sohn unserer Erde ist, jemandem raten sollte, so sagen wir: unserem ganzen Wilnagan ist der polnische Handel, der hinter unserem Rücken sich abspielt, verfallen und zuwider. Unkluglich der Jahresfeier der Befreiung Wilnas am 9. Oktober schreibt noch die „Gazeta Wileńska“: „Schade ist es, daß der Völkerbund unserem Festtage nicht beigewohnt hat. Mit eigenen Augen hätte Herr Gynans sich überzeugen können, daß nichts die Wölfer des Wilnagaues so innig zusammengeschweißt hat, wie das Unrecht, das er uns antun wollte.“

Arbeitspflicht statt Zwangsanleihe in Lettland

Riga, 20. Oktober. Der Gesetzentwurf über die Ausschreibung einer inneren Zwangsanleihe zur Beschaffung von Mitteln zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist, wie der „Latv.“ erfährt, vom Landwirtschaftsministerium als schwer durchführbar wieder zurückgezogen worden. An seiner Stelle gewährt das Ministerium einen Vorschlag zur Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht einzureichen, wonach ein jeder Staatsangehörige in bestimmtem Alter eine gewisse Zeit sich an den Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet, bzw. an den Jungwirtschäften zu beteiligen haben wird. Dieser neue Entwurf ist noch nicht in seinen Einzelheiten ausgearbeitet und es ist fraglich, ob er die Zustimmung des Ministerrats finden wird.

Auslieferung deutscher Zivilflugzeuge

London, 21. Oktober. (Tel.) Seitens der Regierung wurden Unterhändler beauftragt, daß die deutsche Regierung sich bereit erkläre, den Alliierten 25 Zivilflugzeuge auszuliefern, die dem Inkrafttreten des Friedensvertrages gebaut wurden, zwischen wurde der gesamte Bau von Flugzeugen in Deutschland gestillt, bis die Alliierten sich davon überzeugt haben, daß die Lieferung in Flugzeugen vollständig ist. Im Unterhändler erklärte die Regierung in Erwiderung auf eine Anfrage, daß sie alle Maßnahmen für eine wirksame Ueberwachung der Flugzeugindustrie in Deutschland nach Zurückziehung der Kontrollkommission treffen werde.

Deutsche Anleiheverhandlungen

Berlin, 21. Oktober. (Priv.-Tel.) Dem Berliner Vorklärer des „New York Herald“ zufolge hätten in den letzten Tagen dem Chef des Londoner Bankhauses Anton Rothschild Mitgliedern der deutschen Regierung Verhandlungen wegen englisch-amerikanischer Entschädigungszahlungen stattgefunden. Baron Rothschild verließ gestern Berlin und nach London zurück in der Absicht, diese Anleihefrage mit der amerikanischen Regierung zu erörtern. Wenn sein Standpunkt in der Zustimmung finden sollte, dürfte er sofort nach Amerika reisen mit amerikanischen Bankiers zu verhandeln. Es ist vorläufig nicht bekannt, auf welche Summe sich die Anleihe, die hauptsächlich für die Entschädigungszahlungen bestimmt sein soll, belaufen wird.

Das Attentat auf die portugiesischen Minister

Madrid, 21. Oktober. (Tel.) Aus Lissabon wird gemeldet: Der Ministerpräsident Gama, die Minister Machado, Carlos Sara und Carlos Freixo-Silva sind Opfer eines Attentats geworden. Der ehemalige Ministerpräsident Leao ist ebenfalls verwundet worden. Der Präsident der Republik hat, um Blutergüssen zu vermeiden, die von dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern Oberst vorgeschlagene Umbildung des Kabinetts angenommen. Zum Finanzminister wurde Coria, zum Kriegsminister General Marineminister Pinto, zum Minister des Innern General Gomez ernannt. Das neue Kabinett hat die Parlamentswahlen am 10. Juli d. J. für ungültig erklärt und alle von diesem Parlament vorgenommenen Handlungen für nichtig erklärt.

Sturz des albanischen Kabinetts

London, 21. Oktober. (Tel.) Ein Telegramm aus Tizza meldet den Sturz des albanischen Kabinetts. Gründe werden nicht mitgeteilt.

Untersuchung des Zusammenbruchs in Melilla

Madrid, 21. Oktober. (Tel.) In der Eröffnung der Kammer gab Ministerpräsident Maura eine Erklärung über den Zusammenbruch von Melilla und sagte: Die Untersuchung nach den Ursachen sei bereits weit gefördert. Die gleiche Meinung verleihe mit Recht eine Abhandlung des Vorfalles erster Linie komme es darauf an, die militärische Aktion zu guten Ende zu führen. Im Gebiete von Melilla scheine der hauptsächlichste Teil der Aufgaben gelöst zu sein. Neben der tätigen Aktion in Marokko betrachte die Regierung als Hauptaufgabe die Wiederherstellung der Ordnung in Spanien und die Ordnung der Staatsfinanzen.

Noch keine Einigung im Berliner Zeitungsgewerbe

Berlin, 21. Oktober. (Tel.) Die Funktionärvertreter der Berliner Buchdrucker nahmen gestern zu dem im Zeitungsgewerbe Stellung. Alle Redner waren der Auffassung, daß der Kampf des Buchdruckerpersonals des Verlages des Solidarität aller Buchdrucker bedinge und die Belegschaft zum Ausdauern aufgefordert werden müsse. Während der Verhandlungen fragte der Reichsarbeitsminister telephonisch die Belegschaft von Mosse sich unter Vorbehalt bereit erklären, bereit aufzunehmen, wenn der Minister sich persönlich für eine Einigung einsetze. Das Angebot wurde unter stürmischer Entrüstung von Versammlung abgelehnt. Der Antrag, die Beratungen abzubrechen, wurde gleichfalls abgelehnt. Es wurde dann einstimmig Resolution angenommen, die dem ausgesperrten Buchdrucker-Firma Mosse ihre Sympathie ausdrückt und die sofortige Eröffnung der Lohnkommission zwecks Beilegung der Differenzen fordert. Montag soll sich erneut die Funktionärvertreter mit weiteren Vorgehen beschäftigen.

In den Nachmittagsstunden schickte sich, wie uns unser B.-Mitarbeiter drahtet, die Situation erneut zu verschärfen, da die Gehilfen in verschiedenen Betrieben die Uebernahme der Arbeiten für das besetzte „Tagblatt“ abgelehnt haben.

Ein Ultimatum der mitteldeutschen Lokomotivführer

Leipzig, 20. Oktober. Unter den Lokomotivführern Mitteldeutschlands herrscht große Erregung, weil ein Reichsverkehrsministerium gegebenes Versprechen hinsichtlich der Befreiung in die Besoldungskategorie 7 als Evidenzstellung bisher ausgeführt und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Befreiung der Aufwandsentschädigung nicht vollzogen worden sei. Unter dem Thüringer Personal hat hierüber eine Besoldungskategorie 7 als Evidenzstellung bisher ausgeführt und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Befreiung der Aufwandsentschädigung nicht vollzogen worden sei. Unter dem Thüringer Personal hat hierüber eine Besoldungskategorie 7 als Evidenzstellung bisher ausgeführt und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Befreiung der Aufwandsentschädigung nicht vollzogen worden sei. Unter dem Thüringer Personal hat hierüber eine Besoldungskategorie 7 als Evidenzstellung bisher ausgeführt und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Befreiung der Aufwandsentschädigung nicht vollzogen worden sei.

Schließung englischer Kohlengruben

London, 20. Oktober. Wegen der hohen Produktionskosten sechs Kohlengruben in Lancashire für unbestimmte Zeit geschlossen worden. Dadurch sind 10 000 Bergarbeiter arbeitslos geworden. Auch in Warwickshire sind zwei Kohlengruben geschlossen.

Neues vom Tage

Hotelbierstahl in München

München, 18. Oktober. In den letzten Tagen wurden nenerdings aus Hotels Wertgegenstände im Werte von insgesamt 266 500 entwendet, darunter ein Platinarmband im Werte von 10 000 Mark, eine Perlenkette im Werte von 100 000 Mk. und goldene Uhren im Werte von 50 000 Mk.

Zu der Schlagwetter-Explosion in Offen

Offen, 20. Oktober. Bei dem Grubenunglück auf der Viktoria Mathias sind 4 Tote und 8 Schwerverletzte zu beklagen. Untersuchung schwebt noch.

17 Scheunen niedergebrannt

Schweinfurt, 20. Oktober. In dem Scheunenviertel der Gemeinde Sennfeld brannten 17 mit allen Entwürfen versehenen landwirtschaftlichen Maschinen angefüllte Scheunen nieder. Das Wasser mußte aus einem vier Kilometer entfernten Orte hergeholt werden. Zahlreiche Erbsen löschten so gut es ging mit Wasser. Es liegt Brandstiftung vor.

Wertpapierstrahlung

Wien, 18. Oktober. Auf dem Südbahnhof wurden gestern große Koffer, welche die Siegel der jugoslawischen Gesandtschaft Wien anwiesen, beschlagnahmt. In den drei Koffern befanden sich Wertpapiere und Valuten im Werte von 100 Millionen Kronen, welche geschmuggelt werden sollten. Es ist eine Ueberwachung im Gange, um festzustellen, auf welche Weise die Siegel der jugoslawischen Gesandtschaft auf diese Koffer gekommen waren.

Währungszusammenbruch?

(Von unserem Berliner k-Mitarbeiter)

Der Sturz der Mark und dementsprechend das Hinausschießen der letzten Devisen in den letzten Tagen...

Zweifellos ist die Entwicklung der deutschen Währung, trotzdem auf den katastrophalen Sturz zu Beginn dieser Woche eine Ernüchterung folgte...

So nahm denn die Flucht vor der Mark, wobei man sich teils zu den Devisen, teils zu den Effekten flüchtete...

Doch hier haben schon betont, daß die Devisenspekulation die Entwertung der Mark zwar verhärtet, daß aber die Hauptursachen die Reparationsüberlastung und die deutsche Defizitwirtschaft darstellt...

Berliner Börse

* Berlin, 21. Oktober. (Tel.)

Die Erholung des Markkurses in New York nachdrücklich bis 70 gehoben...

Devisen

Table with columns: Station, Devisen, Telegraphische Auszahlungen. Lists exchange rates for various cities like Amsterdam, London, Paris, etc.

* Vom Berliner Produktenmarkt. Berlin, 21. Oktober. (Tel.) Wegen der anhaltenden Schwankungen am Devisenmarkt...

Letzteren machte sich die Knappheit in der Preisbewegung an Waren unverändert geltend...

* Deutsche Gewerke in Tiflis. Die Gesellschaft, die für 1920/21 nach 186 859 Mk. (i. B. 116 300 Mk.) Abschreibungen 15 Prozent (0) Dividende ausschütten wird...

* Die Viehische Schmelzwerke in der Ostsee. Die Gesellschaft der Viehischen Schmelzwerke...

* Die Rinnrännaberg in der Ostsee. Die Rinnrännaberg in der Ostsee...

* Lettlandische Handelsverträge. Der Leiter der Handelsabteilung des norwegischen Außenministeriums...

* Der Rhein-Main-Donau-Kanal. Die Stadtverwaltung und die Rhein-Main-Donau-Kanal...

Memeler Schiffsanfahrten

Table with columns: Nr., Dte., Schiff, Kapitän, Ton, Mit, Adressiert an. Lists ship arrivals and departures.

Am 21. Oktober: 12 Uhr am Regelfland 0,64 m. - Wind: NW. 3. - Strom: ein, zulässiger Tiefgang: 6,0 m.

Wetterwarte

Wettervorhersage für Sonnabend, den 22. Oktober: Volkig, zeitweise Regen und etwas kühler bei mäßigen westlichen Winden...

Temperaturen in Memel am 21. Oktober. Morgens 6 Uhr: + 11,3 Grad Celsius...

Witterungsübersicht von Freitag, den 21. Oktober, 8 Uhr morgens. Bei mäßigen westlichen Winden herrschte gestern in unserm Bezirk...

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Freitag, den 21. Oktober, 8 Uhr morgens. Uebersicht der Witterung: Luftdruck: Hochdruckgebiet 770 Alpen, Tiefdruckgebiet 742 Nordfennland...

Table with columns: Beobachtungs-orte, Wetter, Grad Cels., Niederschlag mm, Beobachtungs-orte, Wetter, Grad Cels., Niederschlag mm. Lists weather observations for various locations.

Kofales

Memel, den 22. Oktober 1921.

* [Seltene Himmelskonstellation.] Die nächsten Morgenstunden, den 21. und 22. Oktober, bringen uns in den vorderen Stunden, um vier und fünf Uhr, die seltene Erscheinung, daß die vier prächtigsten Planeten Venus, Mars, Jupiter und Saturn in einer Himmelsgegend, in den Sternbildern des Löwen und der Jungfrau, vereint auftreten...

* [Sturmwarnung.] Von der Landeswetterwarte ist gestern nachmittags folgende Sturmwarnung eingelaufen: Hochdruckgebiet 768 Frankreich, Tiefdruckgebiet 740 Nordskandinavien...

* [Sperrung der Frachtgüter-Aannahme.] Die Eisenbahndirektion Königsberg teilt mit: Zur Gewinnung von Wagen zum Karstoffversand wird die Annahme von Frachtgütern jeder Art...

* [Erhöhte preussische Gebühren für Staatsangehörigkeitsachen.] Die zuständigen preussischen Ministerien haben die Erhebung von Gebühren von Staatsangehörigkeitsachen...

* [Falsche lettlandische Geld.] Falsche 50, 100 und 200 Rubel-Kassenscheine sind in Libau im Umlauf und werden fast ausschließlich zur Verrechnung konfisziert...

Kirchenzettel für Sonntag, den 23. Oktober

Katholische Kirche. Vorm. 9 1/2 Uhr: Sup. Gregor, 11 Uhr: Kinder Gottesdienst, 12 Uhr: Jugendgottesdienst...

Standesamt der Stadt Memel

Aufgebote: Hoteldirektor Otto Gustav Bruno Hempel von hier Emma Auguste Berta Bauer, geb. Schaefer...

Berpaffen Sie nicht die günstige Gelegenheit, Ihren Bedarf in Schuwaren jetzt bei mir abzugeben. W. Loerges, Theaterplatz. Referenzlager Holangenstraße 22.

Für die von der Odessa Explosionskatastrophe Betroffenen (siehe d. Aufsatz in Nr. 229 d. Bl.) sind bei uns ferner eingegangen: Balzer 25 Mk. Weitere Spenden nehmen wir gern entgegen. Expedition des „Memeler Dampfboot“ Meinem lieben Richard & seinem heutigen Biegegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch, daß die ganze Schwanestraße Nr. 23 auf dem Kopfe steht. Freund R. Sk.

Anzeigen

Städt. Schauspielhaus.
Sonnabend, den 22. Okt., abends 7 1/2 Uhr:
1. Gewerkschaftsvorstellung „Die Irae“, Tragödie in 6 Akten von Wildgans.
Sonntag, d. 23. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Neuheit! „Peterle“, Lustspiel in 4 Akten von Gotthard Sachs.
Tageskasse geöffnet von 11-1 und 4-8 Uhr.

Armen-Untersützungsverein
Außerordentliche Vorstandssitzung
am Dienstag, d. 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Alters- und Siedehaus. Tagesordnung:
Verlauf von zwei Landparzellen, daran anschließend: Monatliche Vorstandssitzung.
Um Erscheinen sämtl. Vorstandsmitglieder w. gebeten.
Kadgiehn, Vorsitzender.

Landeshof.
Schweineflesse mit Sauerkohl und Erbsensuppe.
Empfehle als Blätterin in und außer dem Hause. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Achtung!
Habe einen Spreckbarat in meinem Garten gefunden. Es ist anzunehmen, daß er von einem Diebstahl herrührt. Eigentümer kann sich denselben gegen Unkostenersatzung abholen.
Mikalauskay, Gattellen bei Wilkieten.

300 Mark
Belohnung zahle ich demjenigen, welcher mir den Täter namhaft macht, sodas dessen Strafverfolgung erfolgen kann, welcher am Sonntag, den 9. d. Mts., gegen 6 Uhr morgens in der Nähe der Schiffsfabrik Handgranaten in die Dange geworfen hat.
Leo Krulle, Marktstr. 13.

Tapeten
in den schönsten und neuesten Mustern. Man verlange kostenfrei Musterbuch Nr. 164.
Gebrüder Ziegler, Säueburg.

Segerbte Schaffelle,
einen langen Reifwels von schwarzen Fellen, blau Tuch-Bezug, Jackett-Belege, Pelshüten, sowie Anfertigung von Pelzbekleidn billigt.

Baudat,
Rüchenermeister. Gebelstr. 11. Einem starken Einspanner-Arbeitswagen, wenig gebraucht, hat zu verf. Ed. Zimmel, Libauerstr. 24.

Ihre vollzogene Vermählung geben bekannt:
Otto Bergmann u. Frau **Lisa**, geb. Radau,
Willy Markendorf u. Frau **Charlotte**, geb. Bergmann.
Packamohren, den 18. Oktober 1921.
Danken gleichzeitig für erwiesene Aufmerksamkeiten.

Statt Karten.
Toni London
Julius Ragolsky
Verlobte.
Königsberg Pr. Osterode z. Zt. Königsberg. Schnüringstr.

Die glückliche Geburt eines Töchterchens zeigen hochehrfrent an
T. Bernstein u. Frau, geb. **Lekus.**

Nach schwerem Leiden ist mein herziges Mütterlein, unsere gute Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte
Frau Erna Cohn, geb. Eisenstädt in Königsberg sanft entschlafen.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Memel, den 20. Oktober 1921.
Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.
Von Kondolenzbesuchen bitten abzusehen.

Infolge Unfalls entriß mir der unerbittliche Tod meinen innigst geliebten, treusorgenden Mann, unsern guten Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den **Zimmerer-Polier Emil Schenkel** nach einer arbeitsreichen Tätigkeit im 63. Lebensjahre.
Dieses zeist tiefbetrußt im Namen aller Hinterbliebenen an
Johanne Schenkel.
Memel, den 20. Oktober 1921.

Strandvilla.
Heute, Sonnabend: **Großes Burlesken** mit musikalischer Unterhaltung.
Es ladet ergebenst ein **W. Braun.**

Nurhaus Sandkrug.
Heute Wurstessen
W. Krowald.
Nach Schluß der Sandkrugfähre verkehrt Motorboot „Elphie“:
Memel: 9, 9 1/2, 10 1/2 Uhr. Sandkrug: 9 1/2, 10, 11 Uhr.

Gesellschaftshaus
Heute u. morgen Familientänzchen.
Prökuls.
Sonntag, den 23. Oktober im Ball'schen Lokal

Konzert
mit anschließendem Tanz,
ausgeführt vom
Philh. Landesorchester Memel
Dir.: **Rudi Plato.**
Konzert 8 1/2 Uhr. Tanz 7 1/2 Uhr.

Auto-Vermietung
zu jeder Tageszeit
Tel. 465. Sunfalz-Hotel. Tel. 465.

Kammer-Licht-Spiele.
Heute:
Der Ufa - Svenska - Film
Das Lied von der glutroten Blume
mit den grössten nordischen Schauspielern.
(Musik von **A. Schlrmacher.**)
Der Silberkönig
3. Teil (völlig in sich abgeschlossen) mit:
Bruno Kastner,
Leopoldine Konstantin,
Wilhelm Diegelmann, Fritz Schulz,
Nien-Söng-Ling.
Das Autorennen im Grunewald bei Berlin
am 24. und 25. September 1921.
(Aufgenommen von der Ufa.)
4 1/2, 7 1/2 4 1/2, 7 1/2

Blaue Diele
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Der Clou von Berlin - Danzig - Königsberg.
Miss Ellen and Texas Bill
das amerikanische Tanzpaar.
Die einzig echten **Cowboys am Kontinent mit ihren Original amerik. Stepp-Tänzen**
sowie das andere glänzende **11. Oktober-Programm**
mit **Fritz Heiter**
dem beliebten Humoristen.

Sonnabend u. Sonntag
5 Uhr: Tanz Tee
Vorführung von **Jazz, Jimmi, Foxtrott** unter Mitwirkung der pp. Gäste und Leitung **Texas Bills**

Städtisches Schauspielhaus.
Bekanntmachung.
Die Preise für die Plätze des Städtischen Schauspielhauses sind mit Gültigkeit von Dienstag, den 25. Oktober 1921 ab wie folgt festgelegt:

Fremdenloge	18,50 Mk.
Progeniumloge	18,50 "
Mittelloge 1. Reihe	15,00 "
Mittelloge	12,50 "
1. Rangloge 1. Reihe	12,50 "
1. Rangloge	10,00 "
1. Parquet 1.-4. Reihe	10,00 "
1. Parquet 5.-8. Reihe	8,50 "
2. Parquet	6,50 "
Sichparquet	4,00 "
2. Rang Mitte	3,50 "
2. Rang Seite	3,00 "

Demnächst erscheint das **Handelsadrezbuch von Polen und Danzig 1922.**
Herausgegeben durch „Globus“ Handelsadrezbücher Verlags-gesellschaft G. m. b. H. Warschau - Danzig. Vertretung: Memelgebiet und Litauen
Firma: **Max Grabner,** Verlagsbuchhandlung Memel Postfach 25 nimmt Inzerate und Bestellungen durch seine Reisenden an. Besuch kostenlos.

Pick-Batterien
Größere Sendung eingetroffen.
Odeon - Musik - Haus.
Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Philharmonisches Landesorchester
Dirigent **Rudi Plato**
I. Symphonie-Konzert
Montag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr
im **Städtischen Schauspielhaus**
Weber Overture z. Oper Euryanthe
Bizet II. Arlesienne Suite
Beethoven III. Symphonie (Eroika)
Karten im Vorverkauf an der Theaterkasse
Im Abonnement für 6 Konzerte: Parkett, Loge und I. Rang Einzelkarte 50 Mark, Familienkarte für 3 Personen 125 Mark, für 4 Personen 150 Mark.
II. Rang und Stehplätze 30 Mark.
Konzertkarte: Parkett, Loge und I. Rang im Vorverkauf 10 Mark, an der Abendkasse 12 Mark.
II. Rang und Stehplätze im Vorverkauf 6 Mark, an der Abendkasse 8 Mark.
Es empfiehlt sich, die nummerierten Plätze rechtzeitig zu belegen

Heu.
3 Wagon aut. Vierde- heu franco Hebefzug sofort lieferbar.
E. Schadoroff, Hebefzug.
Ein Leiterwagen, stark und neu, ein Landauer, Halbwagen, Breakwagen und Arbeitswagen stehen billig zum Verkauf
Friedrichsmarkt 15 a.
Zwei starke Arbeitspferde sowie zwei kleine Stuten verkauft
Schachmundes, Friedrichsmarkt.

Wolfshündin
(rafferin), 11 Monate alt, zu verkaufen.
Ernst Neumann, Prökuls.

Hofhund,
sehr wachsam und scharf, fortgangshalber sehr billig zu verkaufen.
Gr. Wasserstr. 31, Hof.
Serren-Autobels zu hab. zu vertragen, in der Exp. d. Bl.

Wintermantel zu verk. Alexanderstr. 20, I. Besichtigung nachmittags.
1 heller Damenwintermantel, 1 rotes Kleid stehen zum Verkauf
Schwanestraße 14.

1 großer, **Hofhund** harter (geeignet für Fleischer) zu verkaufen
Rippensstraße 3.
Ein **schöner Terrier** steht zum Verkauf.
Zu erfragen Weiststraße 7.
1 **Zuchtgauer**, 2 **Zuchtgäule** verkauft
Weigel, Försterei b. Memel.

Entfettungs-Tabletten „Coronova“ mit **Marienbader Salz**
Schwarze Adler-Apothete.

Apollo-Spiele
Heute ab 4 Uhr
der große stimmungsvolle „Ufa“-Film
Die **verbotene Frucht**
von Paul Oskar Höcker
Hauptrollen:
Lotte Neumann, Joh. Riemann
Rud. Biebrach, Hans Marc, Frieda Richard.
Die Z-Strahlen
Italienischer Großfilm der „Ufa“
Enthüllung pikanter Geheimnisse durch die Macht der Z-Strahlen.

Urania Heute ab 5 Uhr
der grosse amerikanische Episoden-Sensationsfilm
« **Mit Büchse und Lasso** »
zweite Episode:
Im wilden Ringen
vollständig abgeschlossene Handlung.
(Mit Büchse und Lasso erste Episode „Heisser Boden“ tief unlangst mit grösstem Erfolg in Apollo.)
Berlin W
Die neue Rasse von **Olga Wohlbrüch.**
Hauptrollen:
Manja Tzatschewa, Ferry Sikla, Hans Albert, Albert Steinrück, Marg. Kupfer, Meinhard Meur.

Demnächst Demnächst
Kammer-Licht-Spiele
Der zweite John Hagenbeck - Raubtierfilm mit:
Carl de Vogt

Demnächst Demnächst

Spielbank
Kurhaus-Kasino
Memel-Sandkrug
Baccarat
Poule royale
Roulette
Unsere verehrten Mitgliedern zur Kenntnis, dass der Spielbetrieb am **Sonnabend, den 22. und Sonntag, den 23. d. Mts.** noch in den alten Räumen des Kurhauses Sandkrug in vollem Betrieb ist.
Die **Fährverbindung** zwischen Memel u. Sandkrug ist durch dauernden Pendelverkehr des Motorbootes „Elphie“ sichergestellt.
Die **Direktion.**

Redaktionsdruck u. Verlag von E. W. Stecher in Memel. Verantwortlich für Inhalt und Redaktionsarbeit Carl Aug. Scherfke. für das Abdruck Robert Schneider, für Inzeraten- und Reklametrie Robert Ruderka, Druckerei in Memel. (Beilage)

